

Stellungnahme zur Änderung der Lehramtszugangsverordnung Sozialwissenschaften

Sehr geehrtes Rektorat,
Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Cornelia Freitag,

Anfang Januar wurde bekannt, dass die Landesregierung NRW das Schulfach „Sozialwissenschaft“ in „Wirtschaft-Politik“ umbenennen möchte und die wirtschaftlichen Anteile zulasten der soziologischen und politischen stärker vermittelt werden sollen. Die daraus folgende Anpassung des Lehramt-Studiengangs und der Wegfall bestimmter Studieninhalte betrifft die angehenden Lehrkräfte in NRW erheblich und führt zu Unsicherheit unter Studierenden bezüglich ihres beruflichen Werdegangs.

Wir, die Fachschaftsräte Lehramt und Sozialwissenschaft der RUB, möchten uns zur aktuellen politischen Debatte rund um das Schulfach Sozialwissenschaft und die damit einhergehende Anpassung der Studiengänge in NRW äußern.

Das integrative sozialwissenschaftliche Lehramtsstudium der Ruhr-Universität und die darin enthaltene Trias, in der alle drei Disziplinen (Ökonomie, Politikwissenschaft & Soziologie) gleichwertig gelehrt werden, bietet entscheidende Vorteile gegenüber einer überwiegend wirtschaftswissenschaftlichen Ausrichtung des Studiengangs: Sie schafft unter den angehenden Lehrkräften ein sicheres Fundament im Denken und Lehren gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge; Sie wirkt damit fort auf eine umfassende Bildung an den Schulen im Kontext einer pluralen, demokratischen Gesellschaft und hält auch jenen Zukunftsperspektiven offen, die letztlich einen anderen Berufsweg abseits des Lehramts einschlagen wollen.

Die Wirtschaftsanteile im B.A. Studiengang „Politik, Wirtschaft, Gesellschaft“ (PWG) der RUB sind ausreichend und bilden grundlegend im Bereich der Ökonomie. Sie werden darüber hinaus in einen interdisziplinären Kontext eingebunden, sodass gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge besser beurteilt werden können. Diese Wissensbasis ermöglicht den Studierenden eine fachlich korrekte und an die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen angepasste, selbstständige Weiterbildung.

Die soziologischen Anteile in der politischen Schulbildung haben in Deutschland aufgrund des besonderen historischen Hintergrundes, im Kontext des Nationalsozialismus, eine berechtigte Tradition. Der Schwerpunkt einer Betrachtung gesellschaftlicher Phänomene aus wirtschaftlicher Perspektive, zulasten einer umfassenden gesellschaftspolitischen Bildung verkennt, wie wichtig ein „Nie wieder 1933!“ für die deutsche Gesellschaft ist und dass dieses nicht ausschließlich durch wirtschaftspolitische Phänomene erklärt und verhindert werden kann. Nicht nur, dass junge Menschen in Deutschland seit Jahren bei Bundestagswahlen die Gruppe mit der geringsten Wahlbeteiligung darstellen, auch zunehmende Diskurse über Fake News, Verschwörungsmythen und Populismus, zeigen wie wichtig eine umfassende Demokratiebildung gerade in der aktuellen Zeit ist. Um die komplexen Verflechtungszusammenhänge von Wirtschaft, Politik und sozialen Tatbeständen und Einflüssen zu verstehen braucht es die Soziologie als festen, gleichwertigen Bestandteil neben den Disziplinen Wirtschaft und Politik in der Schulbildung.

Wir befürchten, dass den Studierenden durch die Änderungen des PWG-Studiengangs die Möglichkeit genommen wird, mit ihrem Studienabschluss andere berufliche Wege im Feld der Sozialwissenschaft anzustreben, wie bisher an der RUB möglich, da ihnen der wichtige soziologische Anteil fehlen würde. Da es nach aktuellem Erkenntnisstand nicht so aussieht, als würden die Änderungen landesweit einheitlich gehandhabt werden, geht zudem die Vergleichbarkeit des Studiengangs innerhalb des eigenen Landes verloren. Dies erschwert zunehmend nicht nur den Wechsel in andere Bundesländer, sondern auch den Wechsel innerhalb Nordrhein-Westfalens.

Die Fakultät für Sozialwissenschaft an der RUB eint die Studiengänge 1-Fach B.A. Sozialwissenschaft, den 2-Fach B.A. Kultur, Individuum und Gesellschaft, den 2-Fach B.A. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, sowie eine Vielzahl an Masterstudiengängen. Vor allem im Bereich der Basismodule, aber auch in den aufbauenden Lehrangeboten profitieren Studierende und Lehrende von einer gemeinsamen Lehre aller Bachelorstudiengänge in den Teildisziplinen der Sozialwissenschaft. Die Fakultät für Sozialwissenschaft zeichnet sich durch ihre besondere Interdisziplinarität zwischen den fünf gleichwertigen Sektionen Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialpsychologie und Sozialanthropologie, Sozialpolitik und Sozialökonomik, sowie sozialwissenschaftliche Methodenlehre und Statistik aus. Durch die veränderten Ansprüche an zukünftige Lehrkräfte drohen Anpassungen des Lehramtsstudiums, wodurch wir langfristig auch Änderungen in den Sektionen der Fakultät befürchten, die sich auch auf die Lehre der anderen Studiengänge, sowie die Forschung auswirken könnten.

Aus der oben geschilderten Problematik lassen sich drei Forderungen unsererseits ableiten:

1. Wir fordern transparente Informationen zu den sich ergebenden Einflüssen und Änderungen für den Studiengang PWG. Für mehr Planungssicherheit für Studierende und angehende Lehrer*innen.
2. Wir fordern, dass PWG-Studierenden weiterhin eine breite sozialwissenschaftliche Ausbildung geboten wird, die ihnen auch die Wahl eines Berufsweges abseits des Lehrer*innenberufs ermöglicht und dass eine bleibende Vergleichbarkeit der Studiengänge, zumindest in NRW, angestrebt wird.
3. Wir fordern den Erhalt der fünf gleichwertigen Sektionen an der Fakultät für Sozialwissenschaft, um ihre besondere Interdisziplinarität in Forschung und Lehre zu wahren und auch bei zukünftigen (Re-)Akkreditierungen die Auswirkungen der Änderungen des Lehramtsstudiums auf die weiteren Studiengänge der Fakultät möglichst gering zu halten.

Da von Seiten der (PWG-)Studierenden, weite Verunsicherung an uns herangetragen wurde, möchten wir dieser hiermit Gehör verleihen. Über eine schriftliche Antwort würden wir uns daher sehr freuen. Gerne stehen wir für Fragen oder einen offenen Austausch zu der Thematik zur Verfügung.

Mit besten Grüßen

Fachschaftsrat Lehramt und Fachschaftsrat Sozialwissenschaft